

# Es geht nicht um Verträge, es geht um die Wirklichkeit

Internationale Abkommen über Menschenrechte ratifizieren alle Staaten gern. Genau darum bewirken sie so wenig



Paul Widmer

Warum verpflichten sich Staaten in internationalen Verträgen, Menschenrechte einzuhalten? Um sich, wie Idealisten meinen, zu bessern? Schön wär's. Aber das ist selten der Fall. Schauen wir ein konkretes Beispiel an, nehmen wir den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), das umfassendste Menschenrechtsabkommen der Uno, von 168 Staaten ratifiziert, auch von der Schweiz. Dabei unterscheiden wir drei Kategorien: die liberalen Demokratien, die autoritären Staaten und die Transformationsländer.

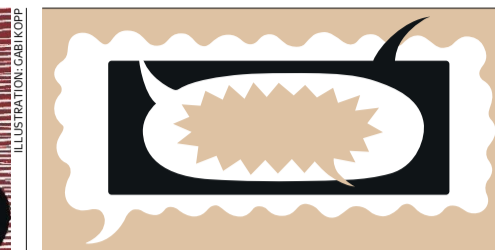
Die liberalen Demokratien sind überzeugt, bei ihnen stehe alles zum Besten, sie könnten einem Abkommen beitreten, ohne viel ändern zu müssen. Zwar erfüllen sie manchmal einzelne Punkte nicht, aber deswegen ändern sie nicht ihre Gesetze. Sie bringen einen Vorbehalt an. Grossbritannien hat, als es dem IPBPR beitrug, 16 Vorbehalte angebracht, die Schweiz 6, die USA machten deren 12. Diese können gewichtige Sachen

betreffen. So schränkt der IPBPR die Todesstrafe stark ein, er verbietet auch Hassreden. Dennoch haben die USA weder die Todesstrafe eingeschränkt noch das Recht auf freie Rede beschnitten. Nur die Schweiz, die beflissene Musterschülerin, hat vor dem Beitritt eine Rassismustrafnorm erlassen.

Nun stellt sich die Frage: Wenn das so ist, warum treten dann liberale Demokratien überhaupt Menschenrechtsabkommen bei? Die Antwort lautet: wegen der andern. Diese sollen sich ändern. Die liberalen Staaten erwarten von den Abkommen einen heilsamen Einfluss auf autoritäre Staaten.

Schauen wir also, wie es in dieser Kategorie aussieht. Die Diktaturen ratifizierten den Uno-Pakt in grosser Zahl, oft ohne jeden Vorbehalt. Bedeutet das eine vorbildliche Praxis? Im Gegenteil. Viele autoritäre Staaten scheren sich einen Deut um die Verpflichtungen. Sie wissen, dass sie ausser einem Bericht mit anschliessender Debatte nichts zu befürchten haben. Und ja, sie werden von Organisationen wie Amnesty International angeprangert. Doch das würden sie auch, wenn sie dem Pakt nicht beigetreten wären. Nordkorea hat den Vertrag ohne einen einzigen Vorbehalt ratifiziert, der Sudan oder Aserbaidschan taten dies ebenfalls.

Warum unterschreiben die Diktaturen dann den Pakt, wenn sie die Verpflichtungen ohnehin nicht einhalten wollen? Weil es sich gut macht und weil sich einige davon auch mehr Anerkennung und Investitionen erhof-



## Showdown

Francesco Benini

Am vergangenen Sonntagabend fühlte ich mich gut. Ich war beglückt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga bescheinigte mir Reife und demokratische Mündigkeit, weil ich die Durchsetzungsinitiative abgelehnt hatte. Ich kam mir vor wie der Pinscher des Nachbarn. Wenn er Männchen macht, gibt ihm sein Herrchen jeweils einen Hundekeks. Wer ist frei von Selbstzweifeln? Manchmal wacht man in der Nacht schweisssgebadet auf und fragt sich: «Bin ich reif? Bin ich demokratisch mündig?» Nach der offiziellen Bestätigung der Justizministerin sind diese Alpträume vorbei. Und es kommt noch besser: Sommaruga sagte an der Pressekonferenz des Bundesrats, das Stimmvolk habe mit seinem Entscheid ein «Bekenntnis zu den Secondos abgelegt». Ich kam als Italiener zur Welt, also habe ich mich nun zu mir selber bekannt. Und zwar uneingeschränkt. Da kann es Katzen hageln oder Sturzbäche regnen - ich stehe hinter mir. Ich gehöre, wie Sommaruga weiter ausführte, zur «Zivilgesellschaft». Das erfreut mich sehr, auch wenn ich nicht genau weiss, was eine Zivilgesellschaft sein soll. Wahrscheinlich meint Sommaruga Menschen, die mit Messer und Gabel essen. Wer nicht zur Zivilgesellschaft gehört, streift mit Fellen bekleidet durch die Gegend, mordet, vergewaltigt, brandschatzt und erfindet Vorlagen wie die Durchsetzungsinitiative. Ist das ein Zeichen von Reife und demokratischer Mündigkeit? Die Zivilgesellschaft ist uns hundertmal lieber. Ein Ja zur Initiative wäre eine Belastung gewesen. Für die Demokratie, den Rechtsstaat, die Gewaltentrennung. Und vor allem für mich. Als Bürger zweier Staaten hätte ich mich, nach der mehrmaligen Entwendung eines Kaugummis am Kiosk, selber ausschaffen müssen. Das hätte ich rigoros getan. Die Secondos müssen nicht meinen, sie seien besser als die Zivilgesellschaft.



Die Diktaturen ratifizierten den Uno-Pakt in grosser Zahl, oft ohne jeden Vorbehalt.

fen. Das aber ist, wie verschiedene Untersuchungen zeigen, nicht der Fall.

Bleiben die Staaten, die sich im Übergang von autoritären Regimen zu Demokratien befinden. Dort können Abkommen etwas bewirken. Die Länder versuchen mit ihnen, möglichst rasch einen Haken einzuschlagen, um die liberalen Reformen vor einem Rückfall in die Diktatur zu sichern. Aber das sind relativ wenige Staaten.

Was folgt daraus? Menschenrechtsverträge allein bewirken wenig. Liberale Staaten glauben, mit solchen Instrumenten die Praxis in autoritären Staaten verbessern zu können. Diese wiederum wollen mit einem Beitritt zu Menschenrechtsabkommen ihre saubere Weste vorkehren. Beide täuschen sich. Es gibt keine Korrelation zwischen der Anzahl von Menschenrechtsverträgen, die ein Land ratifiziert hat, und der Qualität der Menschenrechtspraxis. Wer mehr Verträge unterzeichnet, sündigt deswegen noch lange nicht weniger. Was zählt, ist nicht das Unterzeichnen von Konventionen, sondern allein der Wille von Staaten, die Menschenrechte tatsächlich zu gewähren, ob mit oder ohne internationale Verpflichtungen. Darauf kommt es an. Alles andere ist Beilage.

PS: Bei der rechtsverbindlichen Europäischen Menschenrechtskonvention sieht die Lage anders aus. Darüber ein andermal.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.

## TV-Kritik Von Daniel Meier

### Eine Frau, zwölf Männer, viele Küsse und kein Niveau

Kiss Bang Love  
Pro Sieben, 3. März, 22 Uhr 30

Die neuste Spielart der Dating-Show geht so: Eine Frau mit verbundenen Augen küsst der Reihe nach zwölf Männer, deren Augen ebenfalls verbunden sind. Danach wählt sie jene fünf Männer aus, die ihr beim Blind-Küssen am besten gefallen haben. Diese darf sie ohne Augenbinde treffen und bei Gefallen erneut küssen. Nach diesem Muster geht es weiter, bis der Sieger feststeht. Den küsst sie dann nochmals.

Vor einigen Jahren hätte eine Sendung wie «Kiss Bang Love» eine Debatte darüber ausgelöst, ob man das im Fernsehen zeigen darf. Heute passiert: nichts. Dabei handelt es sich um eine moralisch verwerfliche Sendung. Wenn eine Frau mehrere fremde Männer küssen möchte, soll sie das tun. Aber im Fernsehen hat solcherlei Benehmen, für das sich selbst in unserer liberalen und toleranten Gesellschaft keine Entsprechung findet, nichts verloren.

Wie der Sender sein absiegtiges Konzept zu legitimieren versucht, wirkt verlogen. Die Moderatorin beschwört den Kuss als Phänomen, es sei ein Experiment, um herauszufinden, ob sich beim Küssen der Partner fürs Leben finden lasse. Natürlich geschieht das Gegenteil: Wenn jeder jeden küsst, verliert der Kuss jede Bedeutung.



«Meine Küsse bringen Frauen um den Verstand», sagte Kandidat Koray, 28, aus Zürich. Isabella, 32, blieb bei Bewusstsein und wählte einen anderen.

In Runde zwei sitzen die Pärchen, die sich eben noch geküsst haben, ohne Augenbinde da - und sind befangen wie Teenager. Ob er sie nochmals küssen wolle, fragt sie. Sicher, sagt er. Hier darf man alles, ausser ungefragt küssen. In einer anderen Folge sind zwei der Anwärter Zwillinge. Als die Frau das danach erfährt, zeigt sich überraschend doch noch eine Schamgrenze: «Zwei Brüder küssen - das geht gar nicht!»

Das Niveau im Fernsehen fällt weiter, aber etwas langsamer. Das liegt am Kalkül der Sender: Es sind bereits derart viele Geschmacklosigkeiten erfunden und Tabus gebrochen worden - ewig lässt sich das nicht fortsetzen. Die ultimative Sensation ist ohnehin absehbar: Singles, die sich über den Beischlaf kennenlernen. Aber das wird noch aufgespart, den letzten Rest Anstand gilt es gut einzuteilen. Allerdings: Derzeit sucht 3+ für «Adam & Eva» Kandidaten, die sich verkuppeln lassen wollen - nackt.

## Grenzerfahrung

### Bravi automobilisti



Marina Masoni

Das Tessin gehört zu den Kantonen mit der höchsten Fahrzeugdichte. Oft wird mit dem Finger auf die Tessiner gezeigt, und man wirft ihnen mangelnde Sensibilität für die Probleme des motorisierten Verkehrs und für die Umweltbelastung durch die vielen Motorfahrzeuge vor. Nun scheint es aber, dass dieses Klischee relativiert, wenn nicht gar eingemottet werden muss. Die jüngste Entwicklung im Kanton Tessin zeigt eine Trendwende.

Das kantonale Verkehrsamt hat im Februar seine Statistik veröffentlicht, die eine interessante Entwicklung zeigt: Die Anzahl der Personalfahrzeuge ist in den vergangenen fünf Jahren gestiegen. Gab es 2011 im Tessin 206 868 Autos, so waren es Anfang 2016 224 322 Autos oder 8,4 Prozent mehr. Trotzdem sind die Einnahmen aus der Fahrzeugsteuer rückläufig. Warum?

Seit 2014 wird die Steuer auch aufgrund der Umweltbelastung der Fahrzeuge berechnet, vorab der CO<sub>2</sub>-Emissionen (Ökosteuer). Es gibt zwar mehr Autos, aber diese belasten die Umwelt weniger. Deshalb ist die durchschnittliche Fahrzeugsteuer pro Auto, nachdem sie zwischen 2011 und 2013 von 444 auf

469 Franken angestiegen ist, danach wieder gefallen - 2014 auf 464 Franken, ein Jahr später auf 463 Franken und dieses Jahr auf 451 Franken. Auch der Gesamtbetrag für 2016 ist voraussichtlich am Sinken, von 102,3 auf 101,2 Millionen Franken. Das Verkehrsamt kommentierte den Rückgang so: «Dies beweist, dass die kantonale Verkehrspolitik (...) die Umwandlung des Tessiner Fahrzeugparks und den Kauf von immer weniger schädlichen Fahrzeugen wirksam vorantreiben konnte.»

Über die Zahlen hinaus können wir zwei Dinge feststellen: a) Dank dem technischen Fortschritt sind steigende Mobilität und eine Verbesserung der Umweltbedingungen kompatibel. Die Zahlen zur Luftqualität im Tessin bestätigen dies: Die Konzentration von Schadstoffen in der Luft sinkt. b) Es ist nicht erforderlich, die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Eine nachhaltige Entwicklung der Mobilität kann auch durch Anreize erreicht werden, ohne Verbote, ganz im Sinne einer liberalen Gesellschaft. Die Panikmache der Umweltschützer, ideologische Voraussetzung für eine Verbotsgesellschaft, wird von der Wirklichkeit demontiert. Das Messbare beweist, dass unsere Umwelt besser und nicht etwa schlechter wird. Das zeigt sich nun ausgerechnet in einer Gemeinschaft wie jener des Tessins, die als undiszipliniert und unsensibel für Umweltbelange gilt. Dieses Klischee ist veraltet. Es gilt vielmehr: I Ticinesi son bravi automobilisti.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.